

## Übersicht

über die vom Finanzausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 10. Sitzung am 07.12.2016 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses am 14.09.2016	anerkannt	
2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.11.2016: Weiterentwicklung der Haushaltssteuerung	<b>B.-Nr.: 18/16</b> Verweis in AK Konsolidierung	einstimmig Enth. SPD Seite 6
3.	Gründung einer Metropolregion Rheinland und Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Metropolregion Rheinland e.V.	Kenntnisnahme	
4.	Wechselseitige Beteiligung der Rhein-Sieg Erden- deponiebetriebe GmbH (RSEB) und der Bergische Erdeponiebetriebe GmbH (BEB)	<b>B.-Nr.: 19/16</b> Empfehlung an KA/KT: Zustimmung	einstimmig Seite 9
5.	Beteiligung der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH (EnW) an der Trianel Windpark Borkum II GmbH & Co. KG	<b>B.-Nr.: 20/16</b> Empfehlung an KA/KT: Zustimmung	MB ./ AfD Seite 9
6.	Haushaltsentwicklung - Berichte der Dezernate und Stabstellen für das 3. Quartal 2016	Kenntnisnahme	
7.	Landschaftsverband Rheinland: Kostenträgerschaft für ambulante Integrationshilfen, Auflösung von Rück- stellungen	<b>B.-Nr.: 21/16</b> Empfehlung an KA/KT: Zustimmung	einstimmig Seite 10
8.	Jahresabschluss 2015; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2015 ausgewiesenen Jahres- überschusses	<b>B.-Nr.: 22/16</b> Empfehlung an KA/KT: Zustimmung	einstimmig Seite 10
9.	Haushaltsberatungen 2017/2018		
9.1.	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2017/2018	<b>B.-Nr.: 23/16</b> Empfehlung an KA/KT: Zustimmung	einstimmig Enth. SPD Seite 11
9.2.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017 / 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen	<b>B.-Nr.: 55/16</b> Empfehlung an KA/KT: Zustimmung	MB ./ AfD, Enth. SPD, Linke, FUW/Piraten Seite 16
10.	Mitteilungen und Anfragen		
10.1.	Sachstandsbericht Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau 2016	Kenntnisnahme	

	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
11.	Mitteilungen und Anfragen		
11.1	RWE-Aktien	Kenntnisnahme	
11.2.	Sachstand öffentlicher Dienstleistungsauftrag an die RVK	Kenntnisnahme	

## Niederschrift

über die in der 10. Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 07.12.2016 gefassten Beschlüsse:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:52 Uhr  
**Ort der Sitzung:** A 1.16  
**Datum der Einladung:** 29.11.2016  
**Einladungsnachtrag vom:** 02.12.2016  
**Tischvorlage vom:** 07.12.2016

### Anwesende Mitglieder:

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker (Vorsitzender)  
 Herr Dr. Torsten Bieber  
 Herr Klaus Döhl  
 Herr Christoph Fiévet  
 Herr Hans-Peter Höhner i. V. d. Abg. Schäferhoff  
 Frau Silke Josten-Schneider  
 Herr Oliver Roth  
 Herr Andreas Sonntag  
 Herr Helmut Weber i. V. d. Abg. Donie

#### Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Folke große Deters  
 Herr Sebastian Hartmann  
 Herr Volker Heinsch bis 17:25 Uhr  
 Herr Paul Lägel  
 Frau Cornelia Mazur-Flöer  
 Frau Joline Piel  
 Herr Björn Seelbach i. V. d. Abg. Göllner

#### Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky  
 Frau Alexandra Gauß i. V. d. Abg. Steiner  
 Herr Wilhelm Windhuis

#### Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty i. V. d. Abg. Cáceres Ayllón

#### Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Otter

#### Kreistagsabgeordneter AfD

Herr Vladimir Skoda

Sachkundige/r Bürger/in CDU

Herr Jürgen Kleikamp

i. V. d. SkB Biber

Frau Maria Miethke

Herr Karl-Wilhelm Schaffhaus

Herr Dr. Dirk Schulte

Herr Ralf Simm

i. V. d. Abg. Söllheim

Sachkundiger Bürger GRÜNE

Herr Christian Gunkel

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Jürgen Peter

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Wolf Roth

i. V. d. SkB Böhmer

**Entschuldigt fehlten:**Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Brigitte Donie

Herr Josef Schäferhoff

Herr Michael Söllheim

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Stefanie Göllner

Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordneter GRÜNE

Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Christoph Cáceres Ayllón

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Alexander Biber

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Rolf Böhmer

**VertreterInnen der Verwaltung:**

Herr Sebastian Schuster

Landrat (bis TOP 3)

Frau Svenja Udelhoven

Kreiskämmerin

Herr Christoph Schwarz

Kreisumwelt-Dezernent

Frau Sabine Waibel

Leiterin des Amtes für Finanzwesen

Frau Karin Esser

Leiterin des Amtes für Zentrale Steuerungsunterstützung

Herr Tim Hahlen

Leiter des Amtes für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft und

Kreisstraßenbau

Herr Hans-Peter Hohn

Fachbereichsleiter Wirtschaftsförderung und Statistik

(bis TOP 3)

Herr Björn Bourauel

Abteilungsleiter Kämmerei

Frau Dorothea Busch

Kämmerei

Herr Christoph Demmer

Kämmerei (Schriftführer)

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

Geschäftsordnungsangelegenheiten		
----------------------------------	--	--

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden zur 10. Sitzung des Finanzausschusses und stellte die form- und fristgerechte Einladung fest.

Einwendungen oder Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

1	Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses am 14.09.2016	
---	-----------------------------------------------------------------------	--

Einwendungen gegen die Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses vom 14.09.2016 lagen nicht vor. Die Niederschrift gilt damit als anerkannt.

2	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.11.2016: Weiterentwicklung der Haushaltssteuerung	
---	-------------------------------------------------------------------------------------------	--

Abg. große Deters verwies bei der Thematik Haushaltssteuerung auf vorherige Anträge der SPD-Kreistagsfraktion und bezeichnete die Haushaltskonsolidierung als Daueraufgabe. Die Haushaltsberatung auf die reinen Zahlen zu begrenzen greife zu kurz, da das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) die Steuerung über strategische Ziele und Kennzahlen ermögliche. Diese strategischen Ziele müssten durch die Politik beschlossen werden. Durch entsprechende Kennzahlen solle die Wirkung der Maßnahmen, die zur Erreichung der strategischen Ziele getroffen würden, überprüft werden. Im Hinblick auf das Controlling stellte er Qualitätsunterschiede zwischen den jeweiligen Dezernaten fest, sodass keine einheitlichen Standards vorlägen. Er schlug zur Erarbeitung der strategischen Ziele die Einrichtung eines fraktionsübergreifenden Beratungsgremiums neben des Arbeitskreises Konsolidierung vor, in dem auch Akteure außerhalb der Politik Stellungnahmen einbringen könnten.

Abg. Balansky unterstützte den vorliegenden Antrag und bat um weitere Beratung der Ziele und Kennzahlen im Arbeitskreis Konsolidierung.

Abg. Dr. Bieber befürwortete die Beratung weiterer Details im Arbeitskreis Konsolidierung.

SkB Peter hob die Notwendigkeit der Entwicklung von Kennzahlen hervor, um den Mitteleinsatz und den daraus resultierenden Nutzen besser darstellen zu können.

Abg. Skoda dankte für die Einbringung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion. Durch die Entwicklung von Zielen und Kennzahlen könnten Ressourcen optimaler eingesetzt werden.

Der Vorsitzende fragte den Antragsteller, ob der Vorschlag, den Antrag im Arbeitskreis Konsolidierung weiter zu beraten, Zustimmung finde.

Abg. Hartmann sah keine Gründe gegen eine Beschlussfassung über den ursprünglichen Antrag in der heutigen Sitzung.

Anschließend ließ der Vorsitzende über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**B.-Nr.:**      **Der Finanzausschuss verweist den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.11.2016 "Weiterentwicklung der Haushaltssteuerung" zur weiteren Beratung in den Arbeitskreis Konsolidierung.**

**Abst.-**      **einstimmig, E. SPD**  
**Erg.:**

3	Gründung einer Metropolregion Rheinland und Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Metropolregion Rheinland e.V.	
---	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Landrat Schuster begrüßte die anwesenden Mitglieder des Finanzausschusses und teilte mit, er wolle über die Ergebnisse des Treffens der Lenkungsgruppe zur Metropolregion Rheinland vom 05.12.2016 persönlich informieren. Die Lenkungsgruppe habe alle Kritiken und Einwände der Kommunen, Kreise, Kammern u. s. w. aufgenommen, bewertet und entschieden, sodass bis zur "Zwischenvollversammlung" Anfang Januar nur noch ein Punkt offen sei. Am 20. Februar finde die Gründungsmitgliederversammlung statt. Landrat Schuster befürwortete, dass der Rhein-Sieg-Kreis als Gründungsmitglied der Metropolregion Rheinland beitrete. Grundsätzlich seien sich alle Mitglieder darüber einig, einen entsprechenden Verbund zu gründen, auch wenn im Vorfeld Probleme zu lösen seien. Mehrheitlich sei in der Lenkungsgruppe über folgende Punkte entschieden worden:

- die Mitgliederversammlung solle um kommunale Vertretungen erweitert werden
- es gebe je Mitglied einen Hauptverwaltungsbeamten und 5 kommunalpolitische Vertreter
- die Stimmabgabe erfolge einheitlich mit einer Stimme je Mitglied
- die Mitgliederversammlung bestehe damit aus 210 Personen.

Die Metropolregion Rheinland bestehe demnach aus 11 Städten, 13 Kreisen und Stadtregionen, 10 Kammern sowie dem Landschaftsverband Rheinland.

Der Vorstand sei um 8 politische Vertreter erweitert worden, sodass dem Vorstand 8 Hauptverwaltungsbeamte, 8 politische Vertreter, 4 Vertreter der Kammern sowie die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland angehörten. Die Besetzung des Vorstandes erfolge paritätisch nach Zugehörigkeit des Regierungsbezirks Köln und Düsseldorf. Innerhalb des jeweiligen Regierungsbezirks sollen je 2 Vertreter von den Städten bzw. den Kreisen kommen. Aus dem Vorstand werden 6 Vertreter in den geschäftsführenden Vorstand entsandt, sodass es ein (e) Vorsitzende (r) und 5 Vertreter geben werde.

Als Gast ohne Stimmrecht sei der Landschaftsverband Rheinland im Vorstand vertreten durch den Vorsitzenden der Landschaftsversammlung.

Der sehr ambitionierte Zeitplan sehe vor, zur Kreistagssitzung am 19.12.2016 einen Grundsatzbeschluss zu fassen, der ihm und den weiteren 5 Vertretern ermögliche, in der Vollversammlung die Dinge vorzubereiten, die zur Gründungsversammlung erforderlich seien.

Unklar und nicht entschieden sei weiterhin, ob der Kreis Wesel und die Stadt Duisburg Mitglied in der Metropolregion Rheinland sein dürften, da sie per Gesetz grundsätzlich Mitglieder der Metropolregion Ruhr seien und daher Interessenkonflikte vorliegen könnten. Ein Vorschlag für beide sei eine Gastmitgliedschaft für die Dauer von 2-3 Jahren. Danach müssten sich der Kreis Wesel und die Stadt Duisburg endgültig entscheiden, welcher Metropolregion sie angehören wollten. Dieser Punkt werde am 10.01.2017 entschieden.

Abg. Hartmann fasste zusammen, es würde eine sehr große Vertretung geschaffen, um dem Wunsch der politischen Vertretung nachzukommen, wobei jede Gebietskör-

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

perschaft nur eine Stimme habe. Ähnliche Konstellationen lägen bei der Vollversammlung des Landkreistages oder des Zweckverbandes VRS vor. Es werde die Zukunft zeigen, ob nicht ein Gesetz, ähnlich dem zur Metropolregion Ruhr, besser geeignet gewesen wäre, die Metropolregion Rheinland zu entwickeln.

Weiterhin sah er die Aushöhlung der politischen Legitimation kritisch, da gerade bei umstrittenen Projekten, wie z. B. im Bereich der Infrastruktur, die Politik zu wenig involviert werden könnte und letztlich die getroffenen Entscheidungen nur noch zur Kenntnis nehmen könne.

Abg. Otter übte Kritik an der unklaren Zielsetzung der Metropolregion Rheinland und dem Aufbau eines großen Verwaltungsapparates. Da vermehrt demokratische Entscheidungen in andere Gremien verlagert würden, lehne seine Fraktion die Gründung der Metropolregion Rheinland ab.

Abg. Dr. Bieber stellte heraus, man müsse zunächst die Ergebnisse der weiteren Gespräche abwarten, bevor eine Entscheidung getroffen werden könne. Er sehe die Doppelmitgliedschaft bzw. eine Dauergastmitgliedschaft des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg kritisch. Die kommunale Selbstverwaltung stehe zwar in der Verfassung, de facto werde diese aber jetzt schon ausgehöhlt, da die Kommunen keinen Einfluss und kein Ermessen bei pflichtigen Aufgaben hätten, diese Aufgaben jedoch umsetzen und finanzieren müssten. Er sehe in Zukunft mehr Arbeit für den Kreistag, da durch das imperative Mandat, was dem Rhein-Sieg-Kreis zustehe, mehr Beratungsbedarf im Kreistag zu Themen der Metropolregion entstehen werde, um die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises mit einem entsprechenden Beschluss zu beauftragen. Er sagte die Unterstützung der CDU-Fraktion bei der Gründung einer Metropolregion Rheinland vorbehaltlich des Ausschlusses der Stadt Duisburg und des Kreises Wesels zu.

Abg. Windhuis hob die Schwierigkeit hervor, ein im Hinblick auf personelle Zusammensetzung und geographischer Ausdehnung gewaltiges Gebilde zu steuern. Er signalisierte Zustimmung zur Gründung der Metropolregion Rheinland, monierte allerdings die Größe des Gebildes und bat den Landrat, im Zuge der Gründung der Metropolregion Rheinland die Straffung der vielen Mittelbehörden in Nordrhein-Westfalen anzustoßen. Der Ziel- und Organisationsaufbau der Metropolregion Rheinland solle geschärft werden, um eine schlagkräftige Einheit zu schaffen, die ihren Fokus vornehmlich auf die Akquirierung von Fördermitteln für die Region lenke.

Abg. Dr. Lamberty teilte die Anregungen der Vorredner und verwies auf die ausbaufähige Zusammenarbeit im Rheinland. Unklar sei, wie weit die Kompetenzen der Metropolregion Rheinland die kommunale Selbstverwaltung in den Kommunen und beim Rhein-Sieg-Kreis einschränkten und dadurch die lokale Politik an Einfluss verliere.

Der Vorsitzende erklärte, dieses vorliegende ständestaatliche Konstrukt verdeutliche, dass in der kommenden Legislaturperiode des Landtages in Nordrhein-Westfalen eine Verwaltungsstrukturreform notwendig sei, um demokratisches Handeln weiterhin zu ermöglichen.

SkB Roth bewertete die zuvor genannten Größenordnungen als überzogen und sah Probleme bei Projekten, die im Bundes- bzw. Landesverkehrswegeplans stünden, da hierbei eventuell die lokale Meinung keine Beachtung finde.

Abg. Skoda äußerte seine Bedenken zur die Gründung der Metropolregion Rheinland vor allem im Hinblick auf die Kosten und den einhergehenden Abstimmungsaufwand. Eine Koordinierung auf der Ebene von Experten zu speziellen Fachthemen

sei eventuell eine günstigere Alternative gewesen.

Landrat Schuster verdeutlichte, unter den zukünftigen Mitgliedern der Metropolregion Rheinland bestehe Konsens zur Notwendigkeit der Gründung der Metropolregion. Diese Gelegenheit solle im Hinblick auf die Aufstellung des Landesentwicklungsplans genutzt werden, damit das Rheinland eine Metropolregion erhalte, die die gleiche rechtliche Qualität aufweise, wie das Ruhrgebiet, was dadurch seit Jahrzehnten im erheblichen Maße Fördermittel erhalte.

Er schloss sich den Forderungen der Vorredner an, die Verwaltungsstruktur in NRW müsse gestrafft werden, da sich NRW mindestens eine Verwaltungsebene mehr leiste als andere Bundesländer. Im Zuge der Gründung der Metropolregion könne dieses Problem nicht gelöst werden, allerdings werde er in der Verwaltungsvorlage die Kritik an den derzeitigen Verwaltungsstrukturen deutlich benennen.

Zur Frage, ob die Stadt Duisburg und der Kreis Wesel als Vollmitglieder in der Metropolregion Rheinland vertreten sein sollen, gebe es vor allem rheinabwärts Befürworter dieser Vollmitgliedschaft, was einer Gründung entgegenstehen könnte.

Zudem sei zu prüfen, inwiefern das Einstimmigkeitsprinzip Anwendung finde. Seiner Auffassung nach könne niemand Mitglied werden, der sich nicht in der Satzung wiederfinde.

Er sehe die Notwendigkeit, weitere Fördermittel zu erhalten, allerdings fehle dazu in den Kommunen das Fachwissen. Die großen Fördertöpfe verwalte die EU in Brüssel und Straßburg, sodass die Gründung eines größeren Verbundes notwendig sei.

Der Umstand, dass die Mitgliederversammlung durch die kommunalen Vertreter sehr groß sei, bedeute nicht, dass die Verwaltung übermäßig ausgestattet werden müsse. Bei der Mitgliederversammlung des Region Köln/Bonn e. V. kämen neben den Hauptverwaltungsbeamten nach rund 20 Jahren kaum noch kommunale Vertreter. Daher sehe er die Einbindung der kommunalen Vertreter in der Metropolregion Rheinland unkritisch.

Der Vorsitzende schlug vor, zu diesem Tagesordnungspunkt heute keinen Beschluss zu fassen. Bis zur Sitzung des Kreistages am 19.12.2017 werde die Verwaltung eine Vorlage hierzu erstellen. Dabei müssten auch 5 Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises gewählt werden, wenn im Januar eine Vollversammlung stattfinden solle.

4

Wechselseitige Beteiligung der Rhein-Sieg Erdendeponiebetriebe GmbH (RSEB) und der Bergische Erddeponiebetriebe GmbH (BEB)

Abg. Skoda erkundigte sich im Hinblick auf den vorliegenden Nominalwert nach dem tatsächlichen Wert der Gesellschaft.

Kreiskämmerin Udelhoven sagte eine Antwort zur Niederschrift zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Neben dem Nennwert des Geschäftsanteils an der RSEB in Höhe von 4.900,- € ergibt sich gem. deren Gesellschaftsvertrag ein Buchwert in Höhe von 11.900,- € zum 31.12.2015. Der Ertragswert des eigenen Anteils an der RSEB liegt nach Einschätzung der RSAG noch über diesem Betrag.*

*Ähnlich verhält es sich mit dem BEB-Geschäftsanteil: Der Buchwert von ca. 40 T€ liegt auch hier über dessen Nennwert von 15.435 €, der Verkehrswert wird ebenfalls noch höher liegen.*

*Im Rahmen der geplanten Überkreuzbeteiligung wird der Wert der beiden Anteile von einem externen Wirtschaftsprüfer nach einem einheitlichem Verfah-*

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

*ren ermittelt. Anschließend findet – soweit erforderlich - ein finanzieller Ausgleich statt.*

Anschließend fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

**B.-Nr.:** Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:  
**19/16**

1. Der Kreistag stimmt der Abtretung des Geschäftsanteils der Kessel Tiefbau GmbH an der Rhein-Sieg Erdendeponiebetriebe GmbH (RSEB) im Nominalwert von 4.900 EUR an die RSEB zu.
2. Der Kreistag stimmt der Beteiligung der RSEB an der Bergische Erddeponiebetriebe GmbH (BEB) mit einem Geschäftsanteil von 3,0625% im Nennwert von 15.435 EUR zu.
3. Der Kreistag stimmt der Beteiligung der BEB an der RSEB in Höhe von nominal 4.900 EUR (3,27%) zu.
4. Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der RSEB (Anhang 1) zu.

**Abst.-** einstimmig  
**Erg.:**

5	Beteiligung der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH (EnW) an der Trianel Windpark Borkum II GmbH & Co. KG	
---	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Abg. Skoda lehnte die Beteiligung an einem Windpark ab, da das Geschäftsmodell von Subventionen abhängt und die Renditen unklar seien.

Anschließend ließ der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Der Finanzausschuss fasste folgenden Beschluss:

**B.-Nr.:** Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:  
**20/16**

- Der unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung der EnW an der Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG in Höhe von 2%, der mittelbaren Beteiligung an deren Komplementär-GmbH sowie der mittelbaren Beteiligung an der Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und deren Komplementär-GmbH und
- der mittelbaren Beteiligung der EnW über die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB I) an der Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG sowie der mittelbaren Beteiligung an deren Komplementär-GmbH

wird zugestimmt.

**Abst.-** MB ./ AfD  
**Erg.:**

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
6	Haushaltsentwicklung - Berichte der Dezernate und Stabstellen für das 3. Quartal 2016	

Abg. Hartmann dankte der Verwaltung für die Berichte zur Haushaltsentwicklung und merkte an, dass es im Bereich des Sozialamtes zum wiederholten Mal zu erheblichen Abweichungen komme und der Bericht hierzu keine aussagekräftigen Erläuterungen beinhalte. Hier sollten ggfs. Nachberechnungen bzw. Vergleiche mit anderen Kreisen genutzt werden.

7	Landschaftsverband Rheinland: Kostenträgerschaft für ambulante Integrationshilfen, Auflösung von Rückstellungen	
---	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Ohne Aussprache fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

**B.-Nr.:** Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:  
**21/16**

**Sofern der Rhein-Sieg-Kreis bis zum 31.12.2016 eine nicht zweckgebundene Einzahlung bzw. mindestens eine verbindliche Mitteilung durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) über die Höhe einer Rückzahlung nicht benötigter Umlagemittel erhält, wird wie folgt verfahren: Der Betrag wird noch in 2016 an die Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis ausgezahlt. Dem damit verbundenen außerplanmäßigen Aufwand wird zugestimmt.**

**Die Verteilung des Betrages auf die einzelnen Städte und Gemeinden erfolgt nach dem Verhältnis der auf Basis des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016 festgesetzten Umlagegrundlagen. Sie entspricht damit den jeweiligen Anteilen am Kreisumlageaufkommen 2016.**

**Abst.-** einstimmig  
**Erg.:**

8	Jahresabschluss 2015; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2015 ausgewiesenen Jahresüberschusses	
---	--------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Ohne Aussprache fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

**B.-Nr.:** Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner zur Prüfung der Jahresrechnung 2015 zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:  
**22/16**

**"Der in der Ergebnisrechnung des Rhein-Sieg-Kreises für das Haushaltsjahr 2015 entstandene Jahresüberschuss in Höhe von 3.909.487,87 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt."**

**Abst.-** einstimmig  
**Erg.:**

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
9	Haushaltsberatungen 2017/2018	
9.1	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2017/2018	

Der Vorsitzende schlug vor, folgenden Beschluss zu fassen:

**B.-Nr.:** Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:  
**23/16**

**"Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Städte und Gemeinden sowie die Stellungnahme der Verwaltung hierzu zur Kenntnis.**

**Der Kreistag stellt fest, dass im vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2017/2018 Maßnahmen zur Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung enthalten sind. Aufgrund dessen können die im Haushalt 2015/2016 für 2017 und 2018 vorgesehenen Kreisumlagesätze gehalten bzw. weiter gesenkt werden."**

**Abst.-** einstimmig, E. SPD  
**Erg.:**

9.2	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017 / 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen	
-----	--------------------------------------------------------------------------------------	--

Der Vorsitzende schlug vor, zunächst die Änderungsliste der Verwaltung, ab Seite 15 der Nachsendung vom 02.12.2016, zu beraten und über die Änderungsvorschläge insgesamt abzustimmen.

SkB Peter erkundigte sich nach dem Zusammenhang zwischen den Mehrkosten für die civitec Verfahrenskosten i. H. v. 250 T€ und den Mehrkosten zur Bereitstellung der IT i. H. v. 15 T€.

Kreiskämmerin Udelhoven erläuterte, es lägen hierbei unterschiedliche Sachverhalte vor. Bei den Mehrkosten zur Bereitstellung der IT handele es sich um Mittel für eine externe Rechtsberatung. Diese sei zur Gestaltung neuer Verträge mit dem Zweckverband civitec erforderlich.

Frau Waibel verwies hinsichtlich der Mehrkosten für die civitec Verfahrenskosten i. H. v. 250 T€ auf die derzeit bestehende strukturelle Unterdeckung des Zweckverbandes, die in den kommenden Jahren zu höheren Zahlungen an den Zweckverband führen werde.

Anschließend stellte der Vorsitzende das Einvernehmen zum vorgeschlagenen Abstimmungsverfahren fest und der Finanzausschuss fasste folgenden Beschluss:

**B.-Nr.:**  
**24/16**

**"Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss dem Kreistag vorzuschlagen, den in der Änderungsliste der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2017 / 2018 zuzustimmen."**

**Abst.-**  
**Erg.:**

einstimmig ./ Enth. FUW/Piraten

Im Anschluss wurden die Änderungsanträge der Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten im Kreistag sowie die Empfehlungen der Fachausschüsse, ab Seite 2 der Tischvorlage (siehe Anlage 1 zur Niederschrift), einzeln zur Beratung aufgerufen.

Anmerkung des Schriftführers:

*Die Abstimmungsergebnisse hierzu sind der Anlage 2 zur Niederschrift (ab Seite 26) zu entnehmen. Die Anlage ist insoweit Bestandteil der Niederschrift. Anträge, die in der Sitzung neu eingebracht oder abgeändert wurden, sind neben grundsätzlichen Wortbeiträgen nachfolgend protokolliert.*

Zur Ifd. Nr. 3 Produkt 0.22.20 - Beteiligungen

Kreiskämmerin Udelhoven teilte mit, die Veranschlagung der Mittel aus der Auflösung des Schullandheimvereins erfolge abweichend von der Vorlage im Schul- und Kulturbereich.

Zur Ifd. Nr. 5 Produkt 0.38.30 - Gefahrenabwehr

Abg. Hartmann erklärte, bei einem positiven Ergebnis des Prüfauftrags der Verwaltung zur Möglichkeit der Einführung einer Rettungs-App im Rhein-Sieg-Kreis stünden bei Ablehnung des Antrages keine Finanzmittel zur Umsetzung zur Verfügung. Daher müsse zu dem Antrag eine Abstimmung erfolgen.

Zur Ifd. Nr. 21 Produkt 0.90.10 - Wirtschaftsförderung

Abg. Dr. Bieber lehnte es ab, zusätzliche Mittel für den Antrag bereitzustellen. Sofern das Projekt umgesetzt werden solle, müsse eine Deckung innerhalb des Budgets der Wirtschaftsförderung erfolgen.

Abg. Dr. Lamberty sah die Umsetzung des Projektes als Aufgabe der Kommunen und nicht des Rhein-Sieg-Kreises.

Abg. Seelbach fragte, ob der Wirtschaftsförderung ausreichende Mittel innerhalb ihres Budgets für die Umsetzung des Projektes zur Verfügung stünden. Sofern dies der Fall sei, könne der Antrag entsprechend abgewandelt werden.

Der Vorsitzende schlug vor, dass die Verwaltung zur Sitzung des Kreisausschusses über die Verfügbarkeit der Mittel informiere und der bisherige Antrag dahingehend angepasst werde, dass die erforderlichen Mittel zur Umsetzung des Projektes innerhalb des Budgets der Wirtschaftsförderung zu decken seien.

Zur Ifd. Nr. 24 Produkt 0.51.20 - Förderung junger Menschen und ihrer Familien

Abg. Seelbach erklärte, die Verwaltung habe die Mittel zur Förderung des Ehrenamtes an anderer Stelle eingeplant, sodass die SPD ihren Antrag mit der laufenden Nummer 24 zurückgezogen habe.

Zur Ifd. Nr. 24a Produkt 0.51.20 - Förderung junger Menschen und ihrer Familien

Frau Waibel verwies auf die bislang noch unklare Konzeption des Projektes und die Einschätzung des Fachbereiches, dass frühestens 2018 Finanzmittel benötigt würden. Außerdem sei noch offen, ob eine Abrechnung über die Kreisumlage oder die Jugendamtsumlage erfolgen werde, je nachdem ob die städtischen Jugendämter einer Projektbeteiligung zustimmten oder sie ablehnten. Sie schlug vor, keine Mittel zu veranschlagen und stattdessen unterjährig einen etwaigen Mittelbedarf durch das

Jugendamtsbudget bzw. durch eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung zu decken.

Abg. Seelbach teilte mit, die Jugendämter, die nicht im Kreisjugendamt vertreten seien, lehnten eine Beteiligung an den Kosten für das Projekt bisher ab. Insofern handele es sich hierbei um Mittel, die eher den Haushalt des Kreisjugendamtes betreffen. Im Jugendhilfeausschuss sei vereinbart worden, dass die Konzeption überarbeitet werden müsse und im Vorlauf dazu Maßnahmen schon in 2017 umgesetzt werden sollten, sodass im Haushalt 2017 Mittel eingestellt werden müssten.

Der Vorsitzende betonte, bei einer Veranschlagung der im Raum stehenden Mittel werde die Jugendamtsumlage um 0,01 % erhöht.

Abg. Hartmann forderte, die Mittel i. H. v. 11 T€ in den Haushalt einzustellen und entsprechende Hinweise zur Deckungsmöglichkeit bis zur Endabstimmung zu beraten.

Kreiskämmerin Udelhoven schlug vor, die Beträge für das Projekt nicht einzustellen, den Titel des Projektes als eine Art Haushaltsbegleitbeschluss aber beizubehalten. Damit sei der Auftrag an die Verwaltung dokumentiert und die Jugendamtsumlage bleibe stabil, was für die Kommunen des Kreisjugendamtes weniger Aufwand bedeute.

Abg. Fiévet erinnerte an die Diskussion im Jugendhilfeausschuss, wonach der Betrag von rund 11 T€ von der AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e. V. für eine stationäre und mehrere mobile Einrichtungen geplant sei. Der tatsächliche Bedarf einer stationären Einrichtung sei allerdings ungewiss. Daher gehe man von punktuellen und vereinzelt Maßnahmen aus, die im Hinblick auf die Kosten deutlich unter dem geforderten Betrag i. H. v. 11 T€ lägen. Dieser Betrag solle dann innerhalb des Budgets des Kreisjugendamtes gedeckt werden.

Abg. große Deters merkte an, hinsichtlich der Haushaltsklarheit sollten die Mittel veranschlagt werden, da bei einigen Projekten die tatsächliche Umsetzung unklar sei. Er beantragte eine Vertragung der Abstimmung zu diesem Antrag in den Kreisausschuss.

Abg. Dr. Lamberty sah hierzu weiteren Klärungsbedarf und signalisierte seine Zustimmung zur Vertragung der Abstimmung in den Kreisausschuss.

Abg. Dr. Bieber stimmte dem Vertragungsvorschlag zu und betonte, die CDU werde keine Erhöhung der Jugendamtsumlage mittragen.

Abg. Windhuis fasste zusammen, die Maßnahme sei inhaltlich zustimmungsfähig, allerdings sollten die Mittel aus dem Budget gedeckt werden, um eine Erhöhung der Jugendamtsumlage zu verhindern.

Der Vorsitzende ließ anschließend über den Vertragungsantrag abstimmen.

#### Zur Ifd. Nr. 26 Produkt 0.22.40 - Wohnungsbauförderung

Abg. große Deters wies vorab darauf hin, der Antrag sei nicht zuvor im zuständigen Fachausschuss beraten worden, weil die "Empirica-Studie" noch nicht vorgelegen habe. Die Problematik des knappen bezahlbaren Wohnraums sei bekannt und durch den vorliegenden Antrag sollten Mittel u. a. dafür bereitgestellt werden, um zusätzlichen Wohnraum durch die GWG zu schaffen, falls die Fördermittel von Bund und Land nicht ausreichen. Weiterhin könnten die Mittel zur Kapitalerhöhung der GWG

eingesetzt werden oder zur Unterstützung bei einer Bodenvorratspolitik der Kommunen, da diese dazu kaum noch in der Lage seien. Vor dem Hintergrund des aktuellen Niedrigzinsumfeldes rentiere sich für den Rhein-Sieg-Kreis dieses Engagement sogar, was allerdings nicht die Intention des Antrages sei.

Der Vorsitzende erkundigte sich zur möglichen Finanzierung der beantragten 10 Mio. €.

Abg. Hartmann schlug eine Kreditfinanzierung durch den Rhein-Sieg-Kreis vor, ähnlich des seinerzeitigen Modells zur Finanzierung des EnW-Anteils, was eine sehr renditestarke Investition gewesen sei.

SkB Peter merkte an, nur 12 der 19 Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis befänden sich im Gesellschafterkreis der GWG Rhein-Sieg und die übrigen Kommunen müssten etwaige Belastungen mittragen. Er stellte in Frage, ob die GWG neue Wohnungen bauen müsse, wenn es genügend private Unternehmen auf dem Markt gebe.

Abg. Otter unterstützte den Antrag der SPD, da der Rhein-Sieg-Kreis als Zuzugsregion sehr attraktiv sei und daher eine große Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum vorliege. Auch vor dem Hintergrund der Unterbringung anerkannter Flüchtlinge sowie der geringeren Investitionen in den sozialen Wohnungsbau der letzten Jahre müsse mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Abg. Balansky konnte nicht nachvollziehen, warum nun der Gesellschaft von außen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, obwohl von Seiten der GWG dazu keine Forderungen vorlägen. Sofern die Gesellschaft Kapital benötige, könne diese selbst einen Kredit aufnehmen. Für diesen Kredit könne der Rhein-Sieg-Kreis gegebenenfalls bürgen.

Abg. Dr. Bieber konstatierte, die GWG habe eine starke Eigenkapitalbasis und könne selbstständig Finanzmittel auf dem freien Kapitalmarkt akquirieren. Dabei profitiere sie ebenfalls von günstigen Kommunalkonditionen, da sie vollständig im Eigentum der Kommunen stehe. Weder habe die GWG Geschäftsführung, noch der Aufsichtsrat derzeit einen etwaigen Mittelbedarf kommuniziert, sodass sich der Vorschlag als nicht zielführend darstelle. Bisher seien lediglich Landesmittel zum Bau sozialen Wohnraums genutzt worden, die ausreichend verfügbar gewesen seien. Weitere Mittel der Kommunen zur Kofinanzierung zu nutzen lehne er ab, da sich dadurch der Handlungsspielraum der Kommunen weiter einschränke.

Abg. große Deters bestätigte, im Aufsichtsrat der GWG sei keine entsprechende Bitte geäußert worden. Im Aufsichtsrat der GWG stehe man jedoch Anfang eines parteiübergreifenden Strategieprozesses, der Optionen beinhalte, für die Finanzmittel des Rhein-Sieg-Kreises erforderlich seien. Um diesen Strategieprozess weiterführen zu können, müssten entsprechende Finanzmittel im Haushaltplan 2017 / 2018 vorsorglich veranschlagt werden. Bezüglich des Baus von Sozialwohnungen durch private Unternehmen erklärte er, nach Ende der Zweckbindungsfrist für die zuvor erhaltenen Förderungen liege keine Einflussmöglichkeit auf die Höhe der Miete und der Belegung vor. Somit stünden diese Wohnungen den Bedürftigen nicht mehr zur Verfügung. Er plädiere für eine Nutzung öffentlicher Mittel zur Errichtung von Wohnungen, um auch nach Ende der Zweckbindungsfrist sozialpolitischen Einfluss beibehalten zu können.

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Zur lfd. Nr. 29 Antrag LINKE / FUW-Piraten - Verhältnismäßigkeit von Personalbestand und Aufgaben des Kreises

Abg. Otter wünschte eine Abstimmung über den vorliegenden Antrag, der dahingehend geändert werden solle, dass neben dem Rechnungsprüfungsamt auch die Personalabteilung oder die Kämmerei die Beurteilung zur Angemessenheit des Personalbestandes vornehmen könnten.

Der Vorsitzende erläuterte, vor der Durchführung einer Stellenausschreibung geschehe dies derzeit schon.

Abg. Otter konkretisierte den Antrag dahingehend, dass bei ständig wiederkehrenden Prüfleistungen etc. durch Externe die Festeinstellung eines Mitarbeiters wirtschaftlicher sein könne.

Er gehe davon aus, dass die Verwaltung diese Optionen immer abwäge, so der Vorsitzende. Anschließend ließ er über den vorliegenden Antrag abstimmen.

Zur lfd. Nr. 32 Produkt 0.66.50 - Klimaschutz

Der Vorsitzende erkundigte sich beim Antragsteller, ob der vorliegende Antrag nun modifiziert um den Sperrvermerk zur Abstimmung gestellt werden solle, was von Seiten der FDP bestätigt wurde.

Zur lfd. Nr. 34 Antrag LINKE / FUW-Piraten - Vorlage von Unterlagen für neue erhebliche Baumaßnahmen

Kreiskämmerin Udelhoven schlug zu dem Antrag vor, bis zum Kreisausschuss für alle Baumaßnahmen, für die Mittel erstmalig in den Jahren 2017 / 2018 veranschlagt seien, eine Darstellung nach dem Muster der Stadt Bornheim vorzulegen.

Abg. Otter stimmte dem Vorschlag zu und erklärte den Antrag damit für erledigt.

Zur lfd. Nr. 35 Antrag LINKE / FUW-Piraten - Einsparungen durch interkommunale Zusammenarbeit

Der Vorsitzende erklärte, er gehe davon aus, dass die Verwaltung regelmäßig die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit prüfe.

Abg. Otter bat im Hinblick auf interkommunale Zusammenarbeit um einen Überblick zu bisher abgeschlossenen und im Verhandlungsprozess befindlichen Vereinbarungen mit den Kommunen, um den Prozess der Vertiefung weiterer interkommunaler Zusammenarbeit fortzusetzen.

Der Vorsitzende wies auf den Bericht mit den Handlungsempfehlungen der GPA hin, der im kommenden Jahr im Arbeitskreis Konsolidierung sowie im Personalausschuss beraten werde, sobald die erforderlichen Benchmark-Werte vorlägen. In diesem Rahmen würden auch die durch die GPA vorgeschlagenen Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit thematisiert.

Abg. Otter befürwortete dieses Vorgehen.

Anschließend fasste der Finanzausschuss zum Doppelhaushalt 2017 / 2018 insgesamt folgenden Beschluss:

10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**B.-Nr.:** Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:  
**55/16**

**"Der Kreistag beschließt, der von der Verwaltung im Entwurf vorgelegten Haushaltssatzung 2017 / 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen im Finanzausschuss ergebenden Veränderungen zuzustimmen."**

**Abst.-** MB ./ AfD, Enth. SPD, LINKE, FUW/Piraten  
**Erg.:**

10	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

10.1	Sachstandsbericht Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau 2016	
------	------------------------------------------------------------------	--

Abg. große Deters erkundigte sich nach der Verteilung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau an private und öffentliche Investoren.

Kreiskämmerin Udelhoven sagte eine entsprechende Information zur Niederschrift zu.

*Anmerkung der Verwaltung:  
Öffentliche Investoren (Kreiskommunen, GWG) stellen in 2016 ca. 20% der Antragsteller im Mietwohnungsbau und werden ca. 23% des Fördervolumens im Mietwohnungsbau erhalten.*

**Ende des öffentlichen Teils**

Rhein-Sieg-Kreis  
Der Landrat  
Amt für Finanzwesen

Siegburg, den 07.12.2016

An die  
Mitglieder des Finanzausschusses

**10. Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur heutigen Sitzung erhalten Sie als **Tischvorlage**

zu

**TOP 9.2** "Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017/2018 mit Haushaltsplan und Anlagen"

eine aktualisierte Übersicht mit den Änderungsanträgen der Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten / Empfehlungen der Fachausschüsse (ab Seite 2) sowie als Anhang die noch eingegangenen Anträge des Kreistagsabgeordneten Dr. Fleck (s. lfd. Nr. 23 ab Seite 8) mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beratung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
-Schriftführer-

**Bisher vorliegende Anträge der Fraktionen, Gruppen, Kreistagsabgeordneten und Empfehlungen der Fachausschüsse zum Hpl.-Entwurf 2017/2018**

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.	
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €					
1	CDU/ Grüne	0.01.20 (Seite 15, Zeile 16)	Sonstige Funktionen, Gleichstellung	- 22.000				- 15.000	Einrichtung eines "audit berufundfamilie", erweitert um den Schwerpunkt berufundpflege. Für 2017 sind Mittel für die Konzepterstellung und Projektdurchführung, in 2020 für die Re-Auditierung geplant.	beschlossen, MB ./ AfD, LINKE, 1 Stimme SPD, PA 30.11.16		1	
2	DIE LINKE / FUW-Piraten	0.17.10 (Seite 77, Zeile 16)	Kreisarchiv	- 20.000					Aufarbeitung der historischen Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Colonia Dignidad	abgelehnt, MB./ LINKE, KuA 28.11.16		2	
3	CDU/ Grüne	0.22.20 (Seite 96, Zeile 15)	Beteiligungen	- 400.000 *					Die aus der Auflösung des Schullandheimvereins zur Verfügung stehenden Mittel sollen (gemäß der Auflage in der Satzung des Schullandheimvereins, die Mittel an gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Körperschaften weiterzugeben) im Verhältnis 1/4 an den Förderverein "Gedenkstätte Landjuden an der Sieg" und 3/4 an die Fördervereine der Schulen im Rhein-Sieg-Kreis ausgezahlt werden.	Zur Förderung der Gedenkstätte: beschlossen, einst., KuA 28.11.16  Zur Förderung der Fördervereine der Schulen: beschlossen, einst. Enth. AfD, ASuB 29.11.16		3	
				* voraussichtliche Ausschüttung 400 T€ (s. Änderungsliste der Verwaltung), damit 100 T€ für "Gedenkstätte Landjuden" und 300 T€ für Fördervereine der Schulen									
4	DIE LINKE / FUW-Piraten	0.22.20 (Seite 96)	Beteiligungen	- 500.000					Anschubfinanzierung für das Projekt "fahrscheinfrei bis 18"; Personen unter 18 Jahren sollen den ÖPNV kostenfrei nutzen können. <u>Modifiziert im PVA</u> zum Prüfauftrag an die Verwaltung	abgelehnt, MB ./ LINKE, FUW/Piraten PVA 24.11.16		4	
5	SPD	0.38.30 (Seite 180)	Gefahrenabwehr	- 50.000					Einführung einer Rettungs-App im Rhein-Sieg-Kreis; über die App können ehrenamtlich tätige "Qualifizierte Helfer", die sich in der Nähe eines gemeldeten Notfalls befinden, alarmiert werden und solange Erste Hilfe leisten, bis der Notarzt übernehmen kann.	zurückgezogen im ARK 16.11.16 (stattdessen Prüfauftrag des ARK an die Verwaltung, die Möglichkeiten der Einführung zu prüfen)		5	

18

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezeichnung	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung / Abstimmungs- ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung / Abstimmungs- ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
			Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
6	CDU/ Grüne	0.40.30 / 0.40.40 (Seite 207, 2012) Zeile 2 Zeile 11  Zeile 13 Zeile 14	Berufskollegs / Förderschulen Auflösung Sonderposten Personalkosten für eine E5- Kraft Folgekosten Bilanzielle Abschreibung	+ 112.750 - 46.000  - 13.500 - 69.750	+ 348.250 - 46.900  - 122.000 - 226.750	+ 618.700 - 47.800  - 198.500 - 415.250	+ 986.550 - 48.800  - 233.000 - 549.250	+ 1.151.450 - 49.800  - 233.000 - 549.250	Die Mittel aus dem Landesprogramm "Gute Schule 2020" (14,3 Mio €) werden für die Sanierung des BK Hennef sowie den Ausbau der Digitalisierung an den kreiseigenen Schulen eingesetzt (s. auch lfd. Nr. 28). <b>Ergänzung Grüne im ASuB:</b> 50 T€ sollen in 2018 für zusätzliche FOGS-Gruppe verwendet werden <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Teilweise waren die Maßnahmen bereits im Hpl-Entwurf veranschlagt. Für den Gesamtförderbetrag ist die jährliche Auflösung der Sonderposten und für die im Hpl-Entwurf noch nicht geplanten Maßnahmen AFA einzuplanen. Darüber hinaus entstehen Personalkosten und Folgekosten für die Unterhaltung der DV-Einrichtung an den Schulen.	beschlossen, einstimmig ASuB 29.11.16	6
7	CDU/ Grüne	0.40.90 (Seite 223, Zeile 15)	Bildungs koordinierung	- 75.000	- 75.000	- 75.000	- 75.000	- 75.000	Das Deutsche Museum Bonn soll ab dem Jahr 2017 zunächst fünf Jahre lang eine jährliche Unterstützung i.H.v. 75 T€ erhalten.	beschlossen, einst. bei Enth. AfD, ASuB 29.11.16	7
8	CDU/ Grüne	0.41.10 (Seite 229, Zeile 15)	Kultur- und Heimatpflege	- 75.000	- 75.000				Beteiligung an den Vorbereitungen zum Beethoven-Jubiläum im Jahr 2020, <b>Sperrvermerk</b> zugunsten des KuA und des FA	beschlossen, MB./ LINKE, KuA 28.11.16	8
9	FDP	0.41.10 (Seite 229, Zeile 16)	Kultur- und Heimatpflege		+ 25.000 - 25.000				Die für den Rheinischen Kunstpreis eingeplanten Mittel sollen für das Beethovenfest 2020 verwendet werden. Die Mittel sind auf die Folgejahre zu übertragen, soweit sie nicht in 2018 verausgabt werden können.	abgelehnt, MB./FDP, KuA 28.11.16	9
10	CDU/ Grüne	0.50.20 (Seite 250, Zeile 15)	Grundsicherung für Arbeitssuchende	- 200.000 *	- 200.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000	Von den Mitteln, die durch Übertragung von Aufgaben auf das Jobcenter frei werden, sollen 200 T€ zusätzlich zur Integration von ansonsten absehbar langfristig Erwerbslosen (auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt) eingesetzt werden.	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SoZA 17.11.16	10
				* tatsächlich frei werdende Mittel (s. Änderungsliste der Verwaltung): in 2017 - 117 T€, in 2018-2021 jeweils 250 T€							
11	SPD	0.50.40 (Seite 261, Zeile 11)	Soziale Aufgaben	- 76.000	- 77.520	- 79.070	- 80.652	- 82.265	Einrichtung einer Stelle "Sozialplanung" deren Ziel es ist, die soziale Sicherung mit einem möglichst effizienten und effektiven Mitteleinsatz zu gewährleisten.	Antrag erledigt durch Beschl.- fassung im SoZA zu Nr. 12	11
12	CDU/ Grüne	0.50.40 (Seite 261, Z.2 Zeile 16)	Soziale Aufgaben Zuwendung Aufwand		+ 56.000 * - 70.000				Für die Erarbeitung einer Zielsetzung und Definition der strategischen Sozialplanung werden Mittel bereitgestellt. Zur Finanzierung soll ein Förderantrag für das Förderprogramm "NRW hält zusammen" gestellt werden. Die Mittel sind mit einem <b>Sperrvermerk</b> zugunsten SoZA -vorbehaltlich einer Förderung durch das Land oder den Bund- zu versehen. Auftrag an Verwaltung, Konzeption zu erarbeiten	beschlossen, einstimmig, 1 Enth., SoZA 17.11.16	12

\* Programm sieht eine bis zu 80 %-ige Förderung vor

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
		Bezifferung (in Klammern Seite und Randnr. des Teilergebnisplans)	Bezeichnung	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
13	SozA	0.50.40 (Seite 261, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 8.250	- 8.250	- 8.250	- 8.250	- 8.250	Zusätzliche Förderung der AWO-Wohnberatung (insgesamt dann 99 T€/a) als Ko-Finanzierung nur, wenn die Pflegekassen die Förderung ebenfalls verstärken; Sperrvermerk zugunsten SozA	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SozA 17.11.16		13
14	SozA	0.50.40 (Seite 261, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 20.000	- 20.000				Aufstockung des Kreiszuschusses an kivi e.V. für das Projekt "Mitten im Leben" (MiL) um jährl. 20 T€ in 2017 und 2018, Aufforderung an kivi e.V., durch Projekte im Rahmen MiL bestehende Strukturen der Seniorenvertretungen vor Ort nicht zu verdrängen.	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SozA 17.11.16		14
15	SPD	0.50.40 (Seite 261, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 125.000	- 125.000	- 125.000	- 125.000	- 125.000	25 % der Mittel, die durch Case-Management gespart werden, sollen für den Auf- und Ausbau von Sozialräumen mit niederschweligen Hilfen und für die Schaffung von Wohnraum eingesetzt werden.	Antrag erledigt durch Beschluss zu lfd. Nr. 16		15
16	CDU/Grüne mdl. im SozA	0.22.40 (Seite 109, Zeile 16)	Wohnungsbauförderung						Ergänzung/Neudefinition der Zielvereinbarung 0.22.40 (Schaffung von Wohnraum durch vollständige Verausgabung der dort dafür veranschlagten Mittel)	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SozA 17.11.16		16
17	SPD	0.50.60 (Seite 270, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	Bereitstellung von Geldern für die allgemeine Sozialberatung durch die Sozialverbände	Antrag erledigt durch lfd. Nr. 18		17
18	CDU/ Grüne	0.50.60 (Seite 270, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 60.000 - 15.000	- 60.000 - 15.000	- 60.000 - 15.000	- 60.000 - 15.000	- 60.000 - 15.000	<u>Beträge modifiziert im SozA:</u> Bereitstellung von 60 T€ für die allgemeine Sozialberatung durch die ARGE Wohlfahrt; weitere 15 T€ für die Kurdische Gemeinschaft Rhein-Sieg zur Finanzierung ihrer Beratungsarbeit	beschlossen, MB ./ AFD, Abstimmung, AFD SozA 17.11.16		18
19	CDU/ Grüne	0.50.60 (Seite 270, Zeile 15,16)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	Zusätzliche Förderung von Vereinen und Einrichtungen zum Kostenausgleich; davon 15 T€ für Migrationsberatung "Frauen und Kinder in Not-Bad Honnef/Troisdorf" mit <b>Sperrvermerk</b> zugunsten SozA vorbehaltlich der Landesfinanzierung; weitere Aufteilung wie folgt: 10 T€ Zuschüsse für in Not geratene schwangere Frauen, 5 T€ Anlaufstelle für Freiwilligenarbeit 5 T€ Zuschuss Insolvenzberatung 5 T€ Versch. Träger, z.B. Gebärdensprachdolmetscher	beschlossen, MB ./ AFD, 4 Enthaltungen SozA 17.11.16		19

20

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung / Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung / Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
		Bezeichnung	Bezeichnung	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
20a	AIG	0.53.20 (Seite 331, Z. 15)	Gesundheitshilfen	- 5.000	- 5.000	- 5.000	- 5.000	- 5.000	Unterstützung des psychosozialen Arbeitskreises Bad Honnef im Rahmen der institutionellen Grundförderung Anpassung der Leistungsvereinbarung AIDS-Hilfe, Begrenzung des Zuschusses auf 122 T€	beschlossen, einstimmig, AIG 21.11.16	20a	
20b	AIG	(Zeile 16)		+ 4.500	+ 8.500	+ 12.500	+ 12.500	+ 12.500			20b	
21	SPD	0.90.10 (Seite 433, Z. 16)	Wirtschaftsförderung	- 10.000					Erstellung einer Auflistung barrierefreier Wanderwege	Verweis in FA KuA 28.11.16	21	
22	CDU / Grüne	0.91.10 (Seite 456, Zeile 2)	Kreisumlage allgemein	- 1.232.450	- 1.288.530				Senkung des Kreisumlage-Hebesatzes in 2017 um 0,17 %-Punkte auf 36,00% und in 2018 um 0,17 %-Punkte auf 35,40%		22	
23	Abg. Dr. Fleck	0.53.20 (Seite 331)	Personalaufwendungen Kst. 1012 Beiträge an Vereine und Verbände Gesundheitshilfen	+ 4.304.400 + 199.000 + 122.000	+ 4.401.000 + 199.000 + 122.000	+ 4.518.000 + 199.000 + 122.000	+ 4.601.000 + 199.000 + 122.000	+ 4.685.000 + 199.000 + 122.000	Personalaufwendungen um 5 % kürzen Mitgliedschaft Landkreistag kündigen Die Anschlussvereinbarung mit der "AIDS-Hilfe für den Rhein-Sieg-Kreis e.V." soll nicht abgeschlossen und der Zuschuss nicht eingeplant werden.		23	
		0.91.10 (Seite 456)	Allgemeine Finanzwirtschaft	+ 6.900.000	+ 6.993.000	+ 7.227.000	+ 7.601.000	+ 7.981.000	Zinsen für Kredite sollen komplett gestrichen, die Darlehensverträge gekündigt und durch zinslose Kredite einer Staatsbank abgelöst werden.			
		0.50.20 (Seite 250)		- 11.525.400	- 11.715.000	- 12.066.000	- 12.523.000	- 12.987.000	Verwendung der eingesparten Mittel zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen			
<b>Ergebnisplan -Jugendamt-</b>												
24	SPD	0.51.20 (Seite 288, Z. 15)	Förd. Junger Menschen und ihrer Familien	- 5.000	- 5.000				Mittel für die Förderung des Ehrenamtes in Zusammenhang mit der Jugendverbandsarbeit, Organisation Workshop Jugendverbandsarbeit	abgelehnt, einstimmig, JHA 6.12.16	24	
24a	JHA	0.51.20 (Seite 288, Z. 15)	Förd. Junger Menschen und ihrer Familien	- 11.000	- 11.000	- 11.000	- 11.000	- 11.000	Zuschuss an die Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V. für ein lesbisch-schwul-bi-trans-inter Jugendzentrum; Auftrag an Verwaltung, zusammen mit den anderen Jugendämtern im Rhein-Sieg-Kreis und mit Unterstützung der Fachberatung "geme anders" mit dem Träger das Angebot weiterzuentwickeln und zu konkretisieren, Sperrvermerk bis zur Vorlage eines Konzepts zugunsten JHA	beschlossen, einstimmig, JHA 6.12.16	24a	
25	JHA	0.51.30 (Seite 293, Z. 15)	Beratungsleistungen	- 1.700	- 1.700	- 1.700	- 1.700	- 1.700	Erhöhung der Zuwendung für das Projekt des SKF "Aufwind" wegen Personalkostenerhöhung (Tarifanpassung)	beschlossen, einstimmig, JHA 6.12.16	25	

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
		Bezeichnung	Bezeichnung	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
25a		0.91.10	Kreisumlage Mehrbelastung Jugendamt	+ 12.700	+ 12.700	+ 12.700	+ 12.700	+ 12.700	Änderung der Kreisumlage MB Jugendamt aufgrund der Beschlüsse im JHA, neue Umlagesätze: 2017: 29,95%, 2018: 30,41%, 2019: 30,21%, 2020: 29,61%, 2021: 28,99%			25a
<b>Finanzplan -allgemein-</b>												
26	SPD	0.22.40 (neu)	Wohnungsbauförderung	- 3.000.000	- 7.000.000				Bereitstellung von Mitteln für die GWG, falls die Fördermittel von Bund und Land für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum nicht ausreichen			26
27	SPD	0.22.50 (5.610020, Seite 86)	K36 -Hennef-Kurscheid bis Westerhausen	- 30.000	- 80.000	- 1.970.000	- 1.520.000		Der Ausbau der K 36 zwischen Hennef-Kurscheid und Hennef-Westerhausen soll bereits ab 2017 etatisiert werden	abgelehnt, MB ./ SPD, LINKE, FUW-Piraten, bei Enth. FDP PVA 24.11.16		27
28	CDU/ Grüne	0.40.30 / 0.40.40 (5.400015, Seite 155 DV-Ausstattung BK (5.400018, Seite 158 DV-Ausstattung Förderschulen (neu)	Berufskollegs, Förderschulen DV-Ausstattung BK DV-Ausstattung Förderschulen Richtfunkerschließung Schulen	- 600.000 - 37.500 - 120.000	- 815.000 - 37.500 - 40.000	- 375.000 - 637.500	- 290.000 - 37.500		Die Mittel aus dem Landesprogramm "Gute Schule 2020" (14,3 Mio €) werden für die Sanierung des BK Hennef sowie den Ausbau der Digitalisierung an den kreiseigenen Schulen eingesetzt (s. auch lfd. Nr 6).	siehe Beschluss zu lfd. Nr. 6		28
		0.91.10 (Seite 246)	Erhöhung Kreditermächtigung	+ 757.500	+ 892.500	+ 1.012.500	+ 327.500		<u>Hinweis der Verwaltung:</u> Teilweise sind die entsprechenden Mittel bereits im Hpl-Entwurf veranschlagt, für die zusätzliche Planung müssen zusätzliche Kreditmarktdarlehen aufgenommen werden. Zins- und Tilgungsleistungen werden im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020" vom Land übernommen.			
<b>Weitere Anträge</b>												
29	DIE LINKE / FUW-Piraten								Schaffung von Regelungen, die gewährleisten, dass der Personalbestand in angemessenem Verhältnis zu den Aufgaben des Kreises steht: - vor der Wiederbesetzung von Stellen, Prüfung der Notwendigkeit durch RPA - vor Neuschaffung von Stellen, Prüfung von Möglichkeiten der Aufgabenverlagerung durch RPA - für wiederkehrende Ausgaben an Dienstleister soll die Schaffung von Stellen geprüft werden - die Prüfungen des RPA sollen sich immer am gesamten volkswirtschaftlichen Nutzen orientieren.	Antrag zurückgezogen PA 30.11.16		29
30	SPD	0.01.70 (Seite 31)	Kommunales Integrationszentrum						Auftrag an Verwaltung, am Interessenbekundungsverfahren zur Teilnahme am Modellprogramm "Einwanderung gestalten NRW" teilzunehmen und den kommunalen Gremien die Eckdaten vorzustellen. Der Eigenanteil i.H.v. 20% ist im Haushalt zu berücksichtigen.			30
31	AIG	0.50.40 (Seite 261, Z. 16)	Soziale Aufgaben						Für die Umsetzung des Aktionsplans "Inklusion" sind im Haushaltsplanentwurf 2017/2018 insgesamt 50.000 € veranschlagt. Dieser Ansatz soll bis zur Entscheidung über die einzelnen Umsetzungsschritte mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit (AIG) versehen werden.	beschl., einst., bei 2 Enthalt. AIG 21.11.16		31

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Veränderung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
		Bezeichnung	Bezeichnung	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
32	FDP	0.66.50 (Seite 410, Z. 16)	Klimaschutz						Die Aufwendungen für die Energieagentur Rhein-Sieg sollen mit einem unbedingten <b>Sperrvermerk</b> versehen werden. Freigabe durch FA wenn die offenen Fragen geklärt sind und ein Mehrwert der Energieagentur schlüssig nachgewiesen ist. <u>Modifiziert im UmwA:</u> Die im Haushaltsplan für die Energieagentur Rhein-Sieg bereitgestellten Mittel sind mit einem <b>Sperrvermerk</b> zu versehen. Die spätere Freigabe der Mittel soll durch den UmwA erfolgen.	abgelehnt, MB ./. FDP, AfD		32
33	AfD	0.30.40 (Seite 410, Z. 16)	Staatsangehörigkeiten u. Personenstand						Im Aufgabenbereich der Ausländerbehörde -"Allgemeine Aufenthaltsangelegenheiten, Asyl"- sollen zwei Planstellen für Rückführungsbeauftragte eingerichtet werden (kostenneutrale Umwidmung von 2 der 10 zusätzlichen Stellen für Aufenthaltsangelegenheiten)	abgelehnt, MB ./. AfD, PA 30.11.16		33
34	DIE LINKE / FUW-Piraten								Die Verwaltung soll die nach § 14 Abs. 2 der GemHVO erforderlichen Unterlagen für neue erhebliche Baumaßnahmen vor der Beschlussfassung über den Haushalt vorlegen.			34
35	DIE LINKE / FUW-Piraten								Die Verwaltung soll die Möglichkeiten von Einsparungen durch eine interkommunale Zusammenarbeit prüfen.			35

13



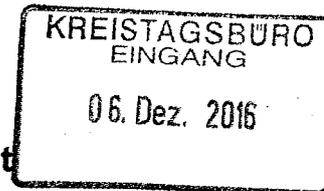
zu lfd. Nr. 23

# Volksabstimmung

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen



Arbeit  
Frieden  
Freiheit  
Gesundheit  
Gerechtigkeit



Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830  
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 06.12.2016

An den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises  
Herrn Sebastian Schuster

Vorsitzenden des Finanzausschusses  
Herrn Jürgen Becker  
Vorsitzenden des Bau- und Vergabeausschusses  
Herrn Udo Scharnhorst

Kaiser-Wilhelm-Platz 1  
53721 Siegburg

Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2016 (meine Anträge 1 bis 4)  
Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 08.12.2016, TOP 3 „Anschlussvereinbarung mit der Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V. (meinen Antrag 4)  
Sitzung des Kreisausschusses am 12.12.2016 (meine Anträge 1 bis 4)  
Sitzung des Kreistages am 19.12.2016 (meine Anträge 1 bis 4)

zur Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2017/2018

hier: Meine Änderungsanträge gem. § 9 Geschäftsordnung

Sehr geehrte Herren,

zu den o.g. Sitzungsterminen stelle ich zum TOP Haushalt 2017/2018 folgende Änderungsanträge und bitte, darüber in den o.g. Gremien abstimmen zu lassen:

**1. Personalaufwendungen einschließlich Vorsorgeaufwendungen (siehe Vorbericht zum Haushalt 2017/2018) um 5 % sozialverträglich kürzen.**

**Einsparung 2017: 5 % von 86.088.000 Euro = 4.304.400 Euro.**

**Einsparung 2018: 5 % von 88.020.000 Euro = 4.401.000 Euro.**

**Begründung:** Eine zweistellige Personalkostensteigerung für 2017 ist nicht nachvollziehbar und im vorgelegten Doppelhaushalt auch nicht plausibel begründet. Es ist davon auszugehen, dass es im größten Haushaltsansatz Einsparpotentiale gibt, wenn man die Arbeitsabläufe für die 1.500 Mitarbeiter näher unter die Lupe nimmt. Wie die Umsetzung der Einsparung umgesetzt werden kann, sollten die Dezernenten mit den Mitarbeitern selbst kurzfristig prüfen und selbst entscheiden.

**2. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kreisdarlehen, BRS-Darlehen, Kassenkredite)  
Ansatz 2017 in Höhe von 6.900.000 Euro und Ansatz 2018 in Höhe von 6.993.000 Euro**

---

**- Volksabstimmung -**

**Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen**

**Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg**

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:  
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

(siehe Haushaltsplan 2017/2018, Seite 465)

**komplett streichen**, die Darlehensverträge kündigen und durch **zinslose** Kredite einer Staatsbank (z.B. KfW) ablösen.

**Begründung:** Es handelt sich um Buchgeld der Banken und Sparkassen, das eine Staatsbank selbst so schöpfen und den öffentlichen Haushalten zinslos zur Verfügung stellen kann (siehe Art. 73 Nr. 4 Grundgesetz: Währungshoheit des Bundes).

**3. Die einwohnerbezogene Umlage für den Landkreistag** (nach Angabe der Kreiskämmerei im Haushalt verteilt)

Ansätze für 2017 und 2018 **in Höhe von 199.000 Euro streichen**, die Mitgliedschaft kündigen.

**Begründung:** Die monatlichen Heftbeiträge des Landkreistages sind wichtig-tuerisch als „Eildienste“ herausgegeben, sind reine Selbstdarstellungen, populistisch aufgemacht und lassen wenig Bezug zur täglichen Arbeit im **Kampf gegen die Verschuldung** vor Ort in den Landkreisen erkennen. Die **drei (!) Verbände** (für die Städte und Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte) sollten sich zu einem Verband zusammenschließen.

**4. Die Anschlussvereinbarung mit der „Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V.“ nicht abschließen** und so den **Zuschuss des Rhein-Sieg-Kreises in Höhe von 122.000 Euro jeweils für die Jahre 2017, 2018 und 2019 einzusparen.**

**Begründung**

Es gibt keinen einzigen wissenschaftlichen Beweis für einen Zusammenhang zwischen HIV und AIDS. Zu diesem Entschluss kommt Karry Mullis, der Nobelpreisträger für Chemie aus dem Jahre 1993. Nach jahrelangen Recherchen steht er mit dieser Meinung nicht alleine da. Die Zahl der Aidskritiker wächst, was auch nicht verwunderlich ist, wenn man sich etwas intensiver mit dieser Thematik auseinandersetzt. Wie dem auch sei, da es keinen Beweis für ein angebliches AIDS-Virus gibt, hat die Zeitschrift Continuum ein Preisgeld von 100 000 Dollar für denjenigen ausgesetzt, der als Erster diesen Beweis erbringt. Es versteht sich natürlich von selbst, dass das Preisgeld bis heute noch auf seinen Empfänger wartet.

Mehr Information: Die AIDS-Lüge - Unwahrheiten der Medizin (zuletzt aktualisiert: 03.08.2016)

[http://www.medizin-unwahrheiten.de/die\\_aids\\_luge.html](http://www.medizin-unwahrheiten.de/die_aids_luge.html)

AIDS – Lügen – HIV aufgedeckt - Zentrum der Gesundheit

<https://www.zentrum-der-gesundheit.de/ia-aids-propaganda.html>

Bahnbrechender Dokumentarfilm »House of Numbers« stellt herkömmliche Vorstellungen zu HIV/AIDS in Frage

<http://info.kopp-verlag.de/medizin-und-gesundheit/naturliches-heilen/mike-adams/bahnbrechender-dokumentarfilm-house-of-numbers-stellt-herkoemmlische-vorstellungen-zu-hiv-aids-in-f.html>

**Meine Anfrage an das Gesundheitsamt des Rhein-Sieg-Kreises (siehe Anlage):**

Welche Medikamente kommen bei dieser Immunschwäche zum Einsatz?

Welche Nebenwirkungen haben diese Medikamente (fügen Sie bitte Kopien der Beipackzettel bei)?

Welche Heilerfolge wurden mit den Medikamenten erzielt?

**Verwendung der eingesparten Mittel von rd. 11,5 Mio. Euro/Jahr:** Zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen (siehe meine Anfragen vom 12.04.2016 und 13.06.2016) einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Helmut Fleck  
Kreistagsabgeordneter  
-Volksabstimmung-

Anlage: 1

---

**- Volksabstimmung -**

**Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen**

**Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg**

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:  
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

**Bisher vorliegende Anträge der Fraktionen, Gruppen, Kreistagsabgeordneten und Empfehlungen der Fachausschüsse zum Hpl.-Entwurf 2017/2018**

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
		Bezeichnung	Bezeichnung	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
<b>Ergebnisplan -allgemein-</b>												
1	CDU/ Grüne	0.01.20 (Seite 15, Zeile 16)	Sonstige Funktionen, Gleichstellung	- 22.000			- 15.000		Einrichtung eines "audit berufundfamilie", erweitert um den Schwerpunkt berufundpflege. Für 2017 sind Mittel für die Konzepterstellung und Projektdurchführung, in 2020 für die Re-Auditierung geplant.	beschlossen, MB ./. AfD, LINKE, 1 Stimme SPD, PA 30.11.16	beschlossen, MB./ AfD	1
2	DIE LINKE / FUW-Piraten	0.17.10 (Seite 77, Zeile 16)	Kreisarchiv	- 20.000					Aufarbeitung der historischen Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Colonia Dignidad	abgelehnt, MB./ LINKE, KuA 28.11.16	abgelehnt, MB ./. LINKE, FUW/Piraten	2 26/11
3	CDU/ Grüne	0.22.20 (Seite 96, Zeile 15)	Beteiligungen	- 400.000					Die aus der Auflösung des Schullandheimvereins zur Verfügung stehenden Mittel sollen (gemäß der Auflage in der Satzung des Schullandheimvereins, die Mittel an gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Körperschaften weiterzugeben) im Verhältnis 1/4 an den Förderverein "Gedenkstätte Landjuden an der Sieg" und 3/4 an die Fördervereine der Schulen im Rhein-Sieg-Kreis ausgezahlt werden.  <u>Anmerkung der Verwaltung im FA:</u> Der Ansatz soll zusammen mit dem entsprechenden Ertrag bei Produkt 0.40.60 Schullandheim veranschlagt werden.	Zur Förderung der Gedenkstätte: beschlossen, einst, KuA 28.11.16  Zur Förderung der Fördervereine der Schulen: beschlossen, einst. Enth. AfD, ASuB 29.11.16	beschlossen, einstimmig, bei Enth. AfD	3
				* voraussichtliche Ausschüttung 400 T€ (s. Änderungsliste der Verwaltung), damit 100 T€ für "Gedenkstätte Landjuden" und 300 T€ für Fördervereine der Schulen								
4	DIE LINKE / FUW-Piraten	0.22.20 (Seite 96)	Beteiligungen	- 500.000					Anschubfinanzierung für das Projekt "fahrtscheinfrei bis 18"; Personen unter 18 Jahren sollen den ÖPNV kostenfrei nutzen können. <u>Modifiziert im PVA</u> zum Prüfauftrag an die Verwaltung	abgelehnt, MB ./. LINKE, FUW/Piraten PVA 24.11.16	kein Beschluss, erledigt	4
5	SPD	0.38.30 (Seite 180)	Gefahrenabwehr	- 50.000					Einführung einer Rettungs-App im Rhein-Sieg-Kreis; über die App können ehrenamtlich tätige "Qualifizierte Helfer", die sich in der Nähe eines gemeldeten Notfalls befinden, alarmiert werden und solange Erste Hilfe leisten, bis der Notarzt übernehmen kann.	zurückgezogen im ARK 16.11.16 (stattdessen Prüf- auftrag des ARK an die Verwaltung, die Möglichkeiten der Einführung zu prüfen)	abgelehnt, MB ./. SPD bei Enth. FDP, LINKE, FUW/Piraten	5

26

28/16  
Anlage 2

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezeichnung	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
			Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
6	CDU/ Grüne	0.40.30 / 0.40.40 (Seite 207, 2012) Berufskollegs / Förderschulen Zeile 2 Auflösung Sonderposten Zeile 11 Personalkosten für eine E5- Kraft Zeile 13 Folgekosten Zeile 14 Bilanzielle Abschreibung	+ 112.750 - 46.000 - 13.500 - 69.750	+ 348.250 - 46.900 - 122.000 - 226.750	+ 618.700 - 47.800 - 198.500 - 415.250	+ 986.550 - 48.800 - 233.000 - 549.250	+ 1.151.450 - 49.800 - 233.000 - 549.250	Die Mittel aus dem Landesprogramm "Gute Schule 2020" (14,3 Mio €) werden für die Sanierung des BK Hennef sowie den Ausbau der Digitalisierung an den kreiseigenen Schulen eingesetzt (s. auch lfd. Nr. 28). Ergänzung Grüne im ASuB: 50 T€ sollen in 2018 für zusätzliche FOGS-Gruppe verwendet werden Hinweis der Verwaltung: Teilweise waren die Maßnahmen bereits im Hpl-Entwurf veranschlagt. Für den Gesamtförderbetrag ist die jährliche Auflösung der Sonderposten und für die im Hpl-Entwurf noch nicht geplanten Maßnahmen AFA einzuplanen. Darüber hinaus entstehen Personalkosten und Folgekosten für die Unterhaltung der DV-Einrichtung an den Schulen.	beschlossen, einstimmig ASuB 29.11.16	beschlossen, einstimmig bei Enth. FUW/Piraten	6
7	CDU/ Grüne	0.40.90 (Seite 223, Zeile 15) Bildungskordinierung	- 75.000	- 75.000	- 75.000	- 75.000	- 75.000	Das Deutsche Museum Bonn soll ab dem Jahr 2017 zunächst fünf Jahre lang eine jährliche Unterstützung i.H.v. 75 T€ erhalten.	beschlossen, einst. bei Enth. AfD, ASuB 29.11.16	beschlossen, MB ./ AfD	7
8	CDU/ Grüne	0.41.10 (Seite 229, Zeile 15) Kultur- und Heimatpflege	- 75.000	- 75.000				Beteiligung an den Vorbereitungen zum Beethoven-Jubiläum im Jahr 2020, Sperrvermerk zugunsten des KuA und des FA	beschlossen, MB ./ LINKE, KuA 28.11.16	beschlossen, MB ./ LINKE, FUW/Piraten	8
9	FDP	0.41.10 (Seite 229, Zeile 16) Kultur- und Heimatpflege		+ 25.000 - 25.000				Die für den Rheinischen Kunstpreis eingeplanten Mittel sollen für das Beethovenfest 2020 verwendet werden. Die Mittel sind auf die Folgejahre zu übertragen, soweit sie nicht in 2018 verausgabt werden können.	abgelehnt, MB ./ FDP, KuA 28.11.16	lt. FDP erledigt	9
10	CDU/ Grüne	0.50.20 (Seite 250, Zeile 15) Grundsicherung für Arbeitssuchende	- 200.000 *	- 200.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000	Von den Mitteln, die durch Übertragung von Aufgaben auf das Jobcenter frei werden, sollen 200 T€ zusätzlich zur Integration von ansonsten absehbar langfristig Erwerbslosen (auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt) eingesetzt werden.	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SoZA 17.11.16	beschlossen, einstimmig	10
			* tatsächlich frei werdende Mittel (s. Änderungsliste der Verwaltung): in 2017 - 117 T€, in 2018-2021 jeweils 250 T€								
11	SPD	0.50.40 (Seite 261, Zeile 11) Soziale Aufgaben	- 76.000	- 77.520	- 79.070	- 80.652	- 82.265	Einrichtung einer Stelle "Sozialplanung" deren Ziel es ist, die soziale Sicherung mit einem möglichst effizienten und effektiven Mitteleinsatz zu gewährleisten.	Antrag erledigt durch Beschl.- fassung im SoZA zu Nr. 12	erledigt durch Beschlussfassung zu lfd. Nr. 12	11
12	CDU/ Grüne	0.50.40 (Seite 261, Z.2 Zeile 16) Soziale Aufgaben Zuwendung Aufwand		+ 56.000* - 70.000				Für die Erarbeitung einer Zielsetzung und Definition der strategischen Sozialplanung werden Mittel bereitgestellt. Zur Finanzierung soll ein Förderantrag für das Förderprogramm "NRW hält zusammen" gestellt werden. Die Mittel sind mit einem Sperrvermerk zugunsten SoZA -vorbehaltlich einer Förderung durch das Land oder den Bund- zu versehen. Auftrag an Verwaltung, Konzeption zu erarbeiten	beschlossen, einstimmig, 1 Enth., SoZA 17.11.16	beschlossen, einstimmig bei Enth. AfD	12

\* Programm sieht eine bis zu 80 %-ige Förderung vor

29/16

30/16

31/16

32/16

33/16

27

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezeichnung	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.	
			Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €					
13	SoZA	0.50.40 (Seite 261, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 8.250	- 8.250	- 8.250	- 8.250	- 8.250	Zusätzliche Förderung der AWO-Wohnberatung (insgesamt dann 99 T€) als Ko-Finanzierung nur, wenn die Pflegekassen die Förderung ebenfalls verstärken; Sperrvermerk zugunsten SoZA	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SoZA 17.11.16	beschlossen, einstimmig bei Enth. AfD	13
14	SoZA	0.50.40 (Seite 261, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 20.000	- 20.000				Aufstockung des Kreiszuschusses an kivi e.V. für das Projekt "Mitten im Leben" (MIL) um jährl. 20 T€ in 2017 und 2018, Aufforderung an kivi e.V., durch Projekte im Rahmen MIL bestehende Strukturen der Seniorenvertretungen vor Ort nicht zu verdrängen.	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SoZA 17.11.16	beschlossen, einstimmig	14
15	SPD	0.50.40 (Seite 261, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 125.000	- 125.000	- 125.000	- 125.000	- 125.000	25 % der Mittel, die durch Case-Management gespart werden, sollen für den Auf- und Ausbau von Sozialräumen mit niederschweligen Hilfen und für die Schaffung von Wohnraum eingesetzt werden.	Antrag erledigt durch Beschluss zu lfd. Nr. 16	erledigt durch Beschlussfassung zu lfd. Nr. 16	15
16	CDU/Grüne mdl. im SoZA	0.22.40 (Seite 107)	Wohnungsbauförderung						Ergänzung/Neudefinition der Zielvorgabe 0.22.40 (Schaffung von Wohnraum durch vollständige Verausgabung der dort dafür veranschlagten Mittel)	beschlossen einstimmig, 1 Enth., SoZA 17.11.16	beschlossen, einstimmig	16
17	SPD	0.50.60 (Seite 270, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	Bereitstellung von Geldern für die allgemeine Sozialberatung durch die Sozialverbände	Antrag erledigt durch lfd. Nr. 18	erledigt durch Beschlussfassung zu lfd. Nr. 18	17
18	CDU/ Grüne	0.50.60 (Seite 270, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 60.000 - 15.000	Beträge modifiziert im SoZA: Bereitstellung von 60 T€ für die allgemeine Sozialberatung durch die ARGE Wohlfahrt; weitere 15 T€ für die Kurdische Gemeinschaft Rhein-Sieg zur Finanzierung ihrer Beratungsarbeit	beschlossen, MB / Volksabstimmung, AfD SoZA 17.11.16	beschlossen, einstimmig	18				
19	CDU/ Grüne	0.50.60 (Seite 270, Zeile 15,16)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	Zusätzliche Förderung von Vereinen und Einrichtungen zum Kostenausgleich; davon 15 T€ für Migrationsberatung "Frauen und Kinder in Not-Bad Honnef/Troisdorf" mit Sperrvermerk zugunsten SoZA vorbehaltlich der Landesfinanzierung; weitere Aufteilung wie folgt: 10 T€ Zuschüsse für in Not geratene schwangere Frauen, 5 T€ Anlaufstelle für Freiwilligenarbeit 5 T€ Zuschuss Insolvenzberatung 5 T€ Versch. Träger, z.B. Gebärdensprachdolmetscher	beschlossen, MB / AfD, 4 Enthaltungen SoZA 17.11.16	beschlossen, MB / AfD	19

34/16

35/16

36/16

37/16

38/16

28

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung / Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung / Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
		Bezeichnung	Bezeichnung	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
20a	AIG	0.53.20 (Seite 331, Z. 15)	Gesundheitshilfen	- 5.000	- 5.000	- 5.000	- 5.000	- 5.000	Unterstützung des psychosozialen Arbeitskreises Bad Honnef im Rahmen der institutionellen Grundförderung  Anpassung der Leistungsvereinbarung AIDS-Hilfe, Begrenzung des Zuschusses auf 122 T€	beschlossen, einstimmig, AIG 21.11.16	beschlossen, einstimmig	20a
20b	AIG	(Zeile 16)		+ 4.500	+ 8.500	+ 12.500	+ 12.500	+ 12.500				20b
21	SPD	0.90.10 (Seite 433, Z. 16)	Wirtschaftsförderung	- 10.000					Erstellung einer Auflistung barrierefreier Wanderwege; Modifizierungsvorschlag CDU im FA; Auflistung barrierefreier Wanderwege ohne Erhöhung der Ansätze / Finanzierung aus Budget Wirtschaftsförderung	Verweis in FA KuA 28.11.16	Modifizierter Antrag beschlossen, MB / FDP bei Enth. SPD	21
22	CDU / Grüne	0.91.10 (Seite 456, Zeile 2)	Kreisumlage allgemein	- 1.232.450	- 1.288.530				Senkung des Kreisumlage-Hebesatzes in 2017 um 0,17 %-Punkte auf 36,00% und in 2018 um 0,17 %-Punkte auf 35,40%		beschlossen, einstimmig	22
23	Abg. Dr. Fleck	Personalaufwendungen		+ 4.304.400	+ 4.401.000	+ 4.518.000	+ 4.601.000	+ 4.685.000	Personalaufwendungen um 5 % kürzen Mitgliedschaft Landkreistag kündigen Die Anschlussvereinbarung mit der "AIDS-Hilfe für den Rhein-Sieg-Kreis e.V." soll nicht abgeschlossen und der Zuschuss nicht eingeplant werden.		abgelehnt, einstimmig bei Enth. AfD	23
		Kst. 1012 Beiträge an Vereine und Verbände		+ 199.000	+ 199.000	+ 199.000	+ 199.000	+ 199.000				
		0.53.20 Gesundheitshilfen (Seite 331)		+ 122.000	+ 122.000	+ 122.000	+ 122.000	+ 122.000				
		0.91.10 (Seite 456)	Allgemeine Finanzwirtschaft	+ 6.900.000	+ 6.993.000	+ 7.227.000	+ 7.601.000	+ 7.981.000	Zinsen für Kredite sollen komplett gestrichen, die Darlehensverträge gekündigt und durch zinslose Kredite einer Staatsbank abgelöst werden.			
		0.50.20 (Seite 250)		- 11.525.400	- 11.715.000	- 12.066.000	- 12.523.000	- 12.987.000	Verwendung der eingesparten Mittel zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen			
<b>Ergebnisplan -Jugendamt-</b>												
24	SPD	0.51.20 (Seite 288, Z. 15)	Förd. Junger Menschen und ihrer Familien	- 5.000	- 5.000				Mittel für die Förderung des Ehrenamtes in Zusammenhang mit der Jugendverbandsarbeit, Organisation Workshop Jugendverbandsarbeit	zurückgezogen JHA 6.12.16	Antrag zurückgezogen	24
24a	JHA	0.51.20 (Seite 288, Z. 15)	Förd. Junger Menschen und ihrer Familien	- 11.000	- 11.000	- 11.000	- 11.000	- 11.000	Zuschuss an die Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V. für ein lesbisch-schwul-bi-trans-inter Jugendzentrum; Auftrag an Verwaltung, zusammen mit den anderen Jugendämtern im Rhein-Sieg-Kreis und mit Unterstützung der Fachberatung "gerne anders" mit dem Träger das Angebot weiterzuentwickeln und zu konkretisieren, Sperrvermerk bis zur Vorlage eines Konzepts zugunsten JHA	beschlossen, einstimmig, JHA 6.12.16	kein Beschluss	24a
									Antrag der SPD im FA; Vertagung in KA		beschlossen, MB / AfD	

20a  
39/16

20b  
40/16

41/16

22  
42/16

43/16

44/16

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezeichnung	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.	
			Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €					
25	JHA	0.51.30 (Seite 293, Z. 15)	Beratungsleistungen	- 1.700	- 1.700	- 1.700	- 1.700	- 1.700	Erhöhung der Zuwendung für das Projekt des SKF "Aufwind" wegen Personalkostenerhöhung (Tarifanpassung)	beschlossen, einstimmig, JHA 6.12.16	beschlossen, einstimmig bei Enth. AfD	25
25a		0.91.10	Kreisumlage Mehrbelastung Jugendamt	+ 12.700	+ 12.700	+ 12.700	+ 12.700	+ 12.700	Änderung der Kreisumlage MB Jugendamt aufgrund der Beschlüsse im JHA, neue Umlagesätze: 2017: 29,95%, 2018: 30,41%, 2019: 30,21%, 2020: 29,61%, 2021: 28,99%		In Folge des Beschlusses zu lfd. Nr. 24a verlagt in KA	25a
<b>Finanzplan -allgemein-</b>												
26	SPD	0.22.40 (neu)	Wohnungsbauförderung	- 3.000.000	- 7.000.000				Bereitstellung von Mitteln für die GWG, falls die Fördermittel von Bund und Land für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum nicht ausreichen		abgelehnt, MB ./ SPD, LINKE, FUW/Piraten	26
27	SPD	0.22.50 (5.610020, Seite 86)	K36 -Hennef-Kurscheid bis Westerhausen	- 30.000	- 80.000	- 1.970.000	- 1.520.000		Der Ausbau der K 36 zwischen Hennef-Kurscheid und Hennef-Westerhausen soll bereits ab 2017 etatisiert werden	abgelehnt, MB ./ SPD, LINKE, FUW-Piraten, bei Enth. FDP	abgelehnt, MB ./ SPD bei Enth. FDP	27
28	CDU/ Grüne	0.40.30 / 0.40.40 (5.400015, Seite 155 (5.400018, Seite 158 (neu)	Berufskollegs, Förderschulen DV-Ausstattung BK Förderschulen Richtfunkerschließung Schulen	- 600.000 - 37.500 - 120.000	- 815.000 - 37.500 - 40.000	- 375.000 - 637.500	- 290.000 - 37.500		Die Mittel aus dem Landesprogramm "Gute Schule 2020" (14,3 Mio €) werden für die Sanierung des BK Hennef sowie den Ausbau der Digitalisierung an den kreiseigenen Schulen eingesetzt (s. auch lfd. Nr. 6). <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Teilweise sind die entsprechenden Mittel bereits im Hpi-Entwurf veranschlagt, für die zusätzliche Planung müssen zusätzliche Kreditmarktdarlehen aufgenommen werden. Zins- und Tilgungsleistungen werden im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020" vom Land übernommen.	siehe Beschluss zu lfd. Nr. 6	beschlossen, einstimmig	28
		0.91.10 (Seite 246)	Erhöhung Kreditermächtigung	+ 757.500	+ 892.500	+ 1.012.500	+ 327.500					
<b>Weitere Anträge</b>												
29	DIE LINKE / FUW-Piraten								Schaffung von Regelungen, die gewährleisten, dass der Personalbestand in angemessenem Verhältnis zu den Aufgaben des Kreises steht: - vor der Wiederbesetzung von Stellen, Prüfung der Notwendigkeit durch RPA - vor Neuschaffung von Stellen, Prüfung von Möglichkeiten der Aufgabenverlagerung durch RPA - für wiederkehrende Ausgaben an Dienstleister soll die Schaffung von Stellen geprüft werden - die Prüfungen des RPA sollen sich immer am gesamten volkswirtschaftlichen Nutzen orientieren.	Antrag zurückgezogen PA 30.11.16	abgelehnt, MB ./ LINKE, FUW/Piraten bei 1 Enth. SPD	29
30	SPD	0.01.70 (Seite 31)	Kommunales Integrationszentrum						LINKE im FA: Über den Antrag soll (trotz Rücknahme im PA) abgestimmt werden.  Auftrag an Verwaltung, am Interessenbekundungsverfahren zur Teilnahme am Modellprogramm "Einwanderung gestalten NRW" teilzunehmen und den kommunalen Gremien die Eckdaten vorzustellen. Der Eigenanteil i.H.v. 20% ist im Haushalt zu berücksichtigen.		abgelehnt, MB ./ SPD, LINKE, FUW/Piraten	30

45/16

46/16

47/16

48/16

49/16

50/16

51/16

30

34

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezifferung (in Klammern Seite und Randnr. des Teilergebnisplans)	Bezeichnung	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Finanzausschuss (07.12.16)	Lfd. Nr.
				Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €	Hj. 2020 €	Hj. 2021 €				
31	AIG	0.50.40 (Seite 261, Z. 16)	Soziale Aufgaben	Für die Umsetzung des Aktionsplans "Inklusion" sind im Haushaltsplanentwurf 2017/2018 insgesamt 50.000 € veranschlagt. Dieser Ansatz soll bis zur Entscheidung über die einzelnen Umsetzungsschritte mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit (AIG) versehen werden.					beschl., einst. bei 2 Enthalt. AIG 21.11.16	beschlossen, einstimmig	31 <i>52/16</i>	
32	FDP	0.66.50 (Seite 410, Z. 16)	Klimaschutz	Die Aufwendungen für die Energieagentur Rhein-Sieg sollen mit einem unbedingten <b>Sperrvermerk</b> versehen werden. Freigabe durch FA wenn die offenen Fragen geklärt sind und ein Mehrwert der Energieagentur schlüssig nachgewiesen ist. <b>Modifiziert im UmwA:</b> Die im Haushaltsplan für die Energieagentur Rhein-Sieg bereitgestellten Mittel sind mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die spätere Freigabe der Mittel soll durch den UmwA erfolgen.					abgelehnt, MB ./. FDP, AfD	kein Beschluss	32	
33	AfD	0.30.40 (Seite 410, Z. 16)	Staatsangehörigkeiten u. Personenstand	Im Aufgabenbereich der Ausländerbehörde -"Allgemeine Aufenthaltsangelegenheiten, Asyl"- sollen zwei Planstellen für Rückführungsbeauftragte eingerichtet werden (kostenneutrale Umwidmung von 2 der 10 zusätzlichen Stellen für Aufenthaltsangelegenheiten)					abgelehnt, MB ./. AfD, PA 30.11.16	abgelehnt, MB ./. AfD	33 <i>54/16</i>	
34	DIE LINKE / FUW-Piraten			Die Verwaltung soll die nach § 14 Abs. 2 der GemHVO erforderlichen Unterlagen für neue erhebliche Baumaßnahmen vor der Beschlussfassung über den Haushalt vorlegen. <u>Vorschlag der Verwaltung:</u> Die Verwaltung wird bis zur Sitzung des KA am 12.12.2016 für die in 2017/18 erstmals veranschlagten Baumaßnahmen i.S.d. § 14 II GemHVO Darstellungen zu den Maßnahmen vorlegen (Grund/Ursache, Umsetzungszeitraum, Gesamtkosten, Finanzierung und Folgekosten).						Aufgrund des Verwaltungsvorschlags erledigt	34	
35	DIE LINKE / FUW-Piraten			Die Verwaltung soll die Möglichkeiten von Einsparungen durch eine interkommunale Zusammenarbeit prüfen.						Über interkommunale Zusammenarbeit soll im PA und AK Konsolidierung beraten werden, Antrag erledigt	35	